Jahresbericht 2017

Inhalt

Das Wort der Präsidentin	3
Vorwort	4
Politik und Personal	5
Aus den Departementen	13
Die Anlässe 2017	26
LOVE Service public 2.0	29
Die Führungsinstanzen	34
2017 in Zahlen	40

Das Wort der Präsidentin

Definitiv im Amt angekommen

Das Jahr 2017 war ein Jahr der Personellen Veränderungen und persönlich mein erstes Jahr als Präsidentin des PVB, welchen ich in aller Tiefe kennengelernt habe. Ich durfte dabei auf eine grosse Unterstützung und vertrauensvolle Zusammenarbeit zählen und wurde kompetent informiert.

Glücklich für die abtretende Maria Bernasconi mit Janine Wicki eine kompetente Nachfolgerin gefunden zu haben, fiel es einfacher Maria in den wohlverdienten Ruhestand ziehen zu lassen. An dieser Stelle möchte ich Maria noch einmal herzlich für ihr grosses Engagement für den PVB und das Personal des Bundes, der bundesnahen Betriebe und des ETH-Bereichs danken. Sie hat den PVB weiterentwickelt und politische Akzente gesetzt.

Inhaltlich war das Jahr stark durch den hohen politischen Druck auf das Personal des Bundes, der bundesnahen Betriebe und des ETH-Bereichs und der massiven Sparpolitik des Bundes geprägt. Unser Engagement ist auf allen Ebenen nötig, um den Abbau zu verhindern. Dennoch gab es schmerzliche Einschnitte und es kam 2017 erstmals auch zu grösseren Entlassungen wegen der Sparmassnahmen und Umstrukturierungen.

Unsere Verbandssekretärinnen und Verbandssekretäre waren darum auch mit vielen, komplexen Einzelfällen konfrontiert und sehr stark belastet. Sie haben einen Superjob geleistet, wofür ich mich herzlich bedanke.

Barbara Gysi

Vorwort

Turbulenter Start

Kurz nach meinem Stellenantritt am 1. Dezember fand ich mich im Zentrum des Geschehens wieder. Zwei grosse Geschäfte standen an und verlangten die volle Aufmerksamkeit. Im Rahmen der alljährlichen Budgetdebatte, welche jeweils während der Dezembersession stattfindet, wurde über den Nachtragskredit für die Abfederungsmassnahmen für Publica und über die Lohnmassnahmen entschieden. Ich war sowohl als Generalsekretärin des PVB und auch als Arbeitnehmervertreterin der Kassenkommission Publica gefordert und konnte sogleich eine gute und enge Zusammenarbeit mit unserer Verbandspräsidentin etablieren. Zudem erleichterte mir das gut eingespielte Team im Generalsekretariat den Einstieg in dieser turbulenten Zeit erheblich. Beste Voraussetzung also um in ein erfolgreiches 2018 zu starten!

Janine Wicki, neue Generalsekretärin des PVB

Dankeschön!

Das Thema Altersvorsorge steht immer auf der politischen Bühne ganz vorn. Die Debatte betrifft auch mich persönlich, da ich beschlossen habe, am 31. Dezember 2017 in den Ruhestand zu gehen.

Meine Zeit beim PVB hat mir zahlreiche Erfahrungen und Begegnungen beschert. Ich habe Bundesräte und Bundesrätinnen, Führungskräfte und Mitarbeitende des Bundes kennengelernt, die alle von der Wichtigkeit ihrer Arbeit für den Service public überzeugt waren. Liebe PVB-Mitglieder: Ich habe mich gefreut, für Ihre Arbeitsbedingungen, für Chancengleichheit, für die Wertschätzung und den Respekt vor Ihren Aufgaben und für einen guten Service public des Bundes kämpfen zu dürfen.

All diese Arbeit kann man ohne ein solides Team zur Unterstützung der Geschäftsleitung nicht leisten. Auf dieses konnte ich zählen und die Leitung des Sekretariats war eine befriedigende Aufgabe, die mir viel Freude gemacht hat. Der Austausch mit den Sektionen war ebenfalls sehr fruchtbar und hat es mir ermöglicht, das eigentliche Terrain des Service public kennenzulernen. Ihnen allen ein ganz herzliches DANKESCHÖN!

Maria Bernasconi, Generalsekretärin des PVB (bis 31.12.2017)

Politik und Personal

Budget 2018

Das Parlament will noch mehr sparen

Im Dezember 2017 hat das Parlament das Budget 2018 mit einem Überschuss von 295 Millionen Franken, Ausgaben von 71,03 Milliarden Franken und Einnahmen von 71,32 Milliarden Franken verabschiedet.

Beim Bundespersonal hat das Parlament die Schraube angezogen. Es verzichtete auf einen Ausgleich der Arbeitgeberbeiträge in Höhe von 64 Millionen Franken, um die Senkung des Umwandlungssatzes der Pensionskasse Publica abzufedern. Im Gegenzug werden 32,8 Millionen für Lohnanpassungen ausbezahlt. Dieser Erfolg für das Bundespersonal erforderte jedoch eine sehr intensive Lobbyarbeit bei den Parlamentarierinnen und Parlamentariern.

«Ich bin erleichtert, dass wir wenigstens den Teuerungsausgleich erhalten haben. Trotz der Jahr für Jahr positiven Ergebnisse war der Druck auf die öffentlichen Finanzen im Parlament noch nie so gross».

Barbara Gysi, Nationalrätin SP/SG und Präsidentin des PVB

Rechnung 2016

Wieder Rechnungsüberschuss – Schluss mit dem Druck aufs Personal!

Auch im Rechnungsjahr 2016 resultierte im Bundeshaushalt ein Überschuss, der erneut auf Mehreinnahmen bei der direkten Bundessteuer und Minderausgaben in der Verwaltung beruhte. Und wie zu erwarten, folgte die Argumentation des Bundesrats erneut dem gleichen Muster: Erklärt wurde der Überschuss mit Sondereffekten und prognostizierten Mindereinnahmen und drohende hohe strukturelle Defizite für die kommenden Jahre. Der Bundesart betonte, dass der Spardruck deshalb unverändert hoch sei, obwohl die Mehrausgaben von 1 Milliarde Franken wegen der abgelehnten Unternehmenssteuerreform III vorderhand ja nicht anfallen.

Der PVB ist überzeugt: Die Erklärungsmuster des Bundesrats verfangen beim Bundespersonal nicht mehr. Jedes Jahr müssen sich die Mitarbeitenden die gleichen Argumente des Bundesrats anhören, mit denen der Rechnungsüberschuss schlechtgeredet wird und jedes Jahr wird weiter am Personalbudget gekürzt. Was

*Der Druck auf das Bundespersonal wird weiter zunehmen». Ein Beispiel ist die Motion Leo Müller (15.3224), die verlangt, die Personalkosten für die Jahre 2016 bis 2019 auf dem Niveau der Jahresrechnung 2014 zu plafonieren. **

Ueli Maurer, Bundesrat und Vorsteher des Finanzdepartements

* Abgeschrieben, weil nicht innert zwei Jahren abschliessend im Rat behandelt

der Bundesrat an Kürzungen vorbereitet, findet dann seine Fortsetzung im Parlament. Grad noch im Dezember 2016 wurde durch eine Parlamentsmehrheit kurzerhand nochmals 50 Mio. Franken aus dem Personalbudget für 2017 rausgestrichen. Diese bereitet im 2017 der Verwaltung massive Schwierigkeiten in der Umsetzung. Die Folgen waren Kündigungen, unbesetzte Stellen, Frühpensionierungen und erhöhter Stress für die übrigen Angestellten. Mit diesem anhaltenden Sparkurs muss nun Schluss sein!

Personalgesetz

2017 wurden den Personalverbänden mehrere Vorlagen zum Bundespersonalrecht zur Konsultation vorgelegt.

Ein wichtiger Etappensieg für den PVB: Die Ortszuschläge bleiben unangetastet

Im Anschluss an den Bericht des Bundesrats über das Lohnsystem (14.3999) hat der PVB erneut das Ungleichgewicht zur Sprache gebracht, welches die Anpassung der Lohnentwicklungsbandbreiten 2016 bewirkt hat: «Damit wird die Stellung der Bundesverwaltung auf dem Arbeitsmarkt geschwächt und der Grundsatz der Gleichbehandlung relativiert – es braucht eine Korrektur.» Der PVB hat sich auch gegen die von den Autoren des Berichts vorgeschlagene Abschaffung des Ortszuschlags ausgesprochen: «Seine Abschaffung käme einer direkten Lohnkürzung gleich, welche die tieferen Lohnklassen umso mehr belasten würde». Mit Erfolg: Am Ende der Konsultation hat der Bundesrat beschlossen, den Ortszuschlag beizubehalten.

Abschaffung des Arbeitgeberbeitrags an die Übergangsrente

2017 hat das EPA überdies eine Revision des BPV bezüglich der Übergangsrente in die Vernehmlassung geschickt. Gemäss dieser Revision, die am 1. Juli 2018 in Kraft treten wird, soll sich die Beteiligung des Arbeitgebers an die Überbrückungsrente auf Funktionen beschränken, die eine andauernde hohe physische oder psychische Belastung aufweisen. Der PVB hat sich vehement gegen diese Verschlechterung gewehrt, da die "vorzeitige Pensionierung" häufig im Rahmen von Vereinbarungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgehandelt wird, die nicht mehr arbeiten können oder die nicht mehr gebraucht werden.

Eine Verschlechterung für schwerkranke Personen

In Rahmen einer dritten Vernehmlassung wurde vorgeschlagen, die Dauer der Lohnfortzahlungen im Falle von wiederholten krankheitsbedingten Arbeitsausfällen zu kürzen. Der PVB lehnte diesen Vorschlag mit der Begründung ab, dass gewisse Krankheiten (z.B. Krebs) zwar einen unvorhersehbaren Verlauf hätten, die Person jedoch nicht daran hindern würden, zeitweise zu arbeiten. In der Vorlage wird vorgeschlagen, die Krankentage zu addieren, um die Dauer der Lohnfortzahlung zu bestimmen. Dies würde de facto zu einer Verkürzung dieser Dauer führen, was vor allem den schwerkranken Menschen schaden würde – eine Situation, die der PVB für völlig indiskutabel hält.

Ein zusätzlicher Freitag für die pflegenden Angehörigen dank dem PVB

Dank der Intervention des PVB haben hingegen Personen, welche die Betreuung und die Pflege eines Angehörigen organisieren müssen, künftig Anspruch auf 3 Freitage anstelle von 2 Tagen. Im Rahmen der Treffen zwischen Sozialpartnern hat Maria Bernasconi, Generalsekretärin des PVB, im Berichtsjahr eine Anpassung des Bundespersonalrechts an die Bestimmungen des Obligationenrechts gefordert. Denn in diesem Punkt war das BPV für die Arbeitnehmenden weniger vorteilhaft, was sicherlich nicht dem Sinn und Zweck einer öffentlichen Verwaltung entspricht!

Lohnsystem des Bundes

Der Bundesrat hat 2017 entschieden, ab dem 1. Januar 2018 vier Aspekte des derzeitigen Lohnsystems der Bundesverwaltung anzupassen:

- **Der Prozentsatz bei der Lohnentwicklung wird für die Stufen 2 bis 4 verbessert,** für die Stufe 1 (ungenügende Leistung) jedoch verschlechtert.
- **Die Leistungsprämie** für Mitarbeitende im Aufstieg wird **auf maximal 5%** des Höchstbetrags der vertraglichen Lohnklasse reduziert.
- Die Vorgesetzten haben bei der Einstufung ihrer Mitarbeitenden **in eine höhere Lohnklasse** weniger Spielraum. Die Verwaltungseinheiten können abweichend von der ordentlichen Lohnklasseneinstufung nur noch 2% der Stellen in eine höhere Lohnklasse einstufen.
- **Die Ausrichtung der Arbeitsmarktzulage** wird neu auf höchstens 5 Jahre beschränkt.

Der PVB bedauert die Einführung dieser Massnahmen zulasten der Angestellten. Er findet es nicht normal, dass eine Sekretärin des Bundes 30 Jahre arbeiten muss, um möglicherweise die höchste Lohnklasse für diese Funktion zu erreichen. Dies ist zu lang und nicht motivierend.

Lohnverhandlungen 2018

Bundesverwaltung

Die Löhne stagnieren seit 2013, der Arbeitgeber Bund ist nicht attraktiv genug und hat Mühe, Spezialistinnen und Spezialisten zu rekrutieren, die Teuerung war Ende 2017 positiv, die finanzielle Situation ist hervorragend: Diese Argumente des PVB und seiner Partner haben Ueli Maurer davon überzeugt, im Budget einen Spielraum für eine Lohnerhöhung vorzusehen. Die Mitarbeitenden des Bundes werden demnach nach zwei Jahren ohne Lohnmassnahme einen Teuerungsausgleich von 0.6% erhalten. Barbara Gysi, die diese Lohnerhöhung vor dem Parlament verteidigt hat, zeigt sich erfreut: «Wegen der bürgerlichen Mehrheit im Nationalrat bestand die reelle Gefahr, dass das Personal völlig leer ausgeht».

ETH-Bereich

Der ETH-Rat hat anlässlich der Lohnverhandlungen beschlossen, dem Personal einen Teuerungsausgleich von 0.6% zu gewähren. Der PVB begrüsst diesen Entscheid und erachtet diesen Betrag mehr als gerechtfertigt. Der Teuerungsausgleich ist nämlich nicht nur ein frommer Wunsch der Verbände, sondern im Bundespersonalgesetz verankert (Art. 16). Der ETH-Rat ist verpflichtet, den Angestellten einen angemessenen Teuerungsausgleich zu gewähren, sofern die Wirtschaftslage und die Bundesfinanzen dies zulassen, was derzeit klar der Fall ist.

Swissmedic

Lohnverhandlungen Swissmedic

Der Institutsrat hat für das Jahr 2018 die Erhöhung der Lohnsumme um 0.8 % genehmigt. Diese Erhöhung entspricht dem zwischen den Sozialpartnern ausgehandelten Ergebnis. Die zur Verfügung stehenden 0.8% werden somit vollständig für Reallohnerhöhungen eingesetzt, und zwar wie folgt: rund 0.4 % der verfügbaren Lohnsumme wird für die Erhöhung des Erfahrungsanteils verwendet (Erhöhung um 0.5 %, sofern das Maximum von 15 % noch nicht erreicht ist) und rund 0.4% der verfügbaren Lohnsumme wird für die Erhöhung des Leistungsanteils eingesetzt. Gemäss Personalverordnung werden die Lohnmassnahmen jeweils mit den Personalverbänden ausgehandelt.

Publica

Resultate der „Lohnrunde“: Für das 2018 werden CHF 200'000.- für individuelle Lohnerhöhungen und Beförderungen zur Verfügung stehen. Einen allgemeinen Teuerungsausgleich wird es nicht geben.

Berufliche Vorsorge

Senkung der technischen Parameter bei Publica

Anfang 2018 hat die Kassenkommission der Pensionskasse des Bundes Publica definitiv beschlossen, die technischen Parameter zu senken:
Am 1. Januar 2019 wird der technische Zinssatz von aktuell 2.75% auf 2% und der Umwandlungssatz von 5.65% auf 5.09% gesenkt.
Die Kassenkommission will dadurch langfristig das finanzielle Gleichgewicht der Pensionskasse gewährleisten, welches insbesondere durch die Langlebigkeit und die schlechte Ertragslage auf den Zinsmärkten unter Druck gerät.

Um diese unausweichliche und einschneidende Senkung möglichst sozialverträglich abzufedern, hat sich der PVB von Beginn weg in der Kassenkommission wie auch innerhalb des Parlaments dafür eingesetzt, dass eine Senkung an die folgenden Bedingungen geknüpft ist:

- für die Versicherten sind entsprechende Abfederungsmassnahmen vorgesehen;
- auch der Arbeitgeber beteiligt sich an diesen Massnahmen.

Für das Vorsorgewerk Bund waren arbeitgeberseitig die folgenden Abfederungsmassnahmen vorgesehen: Eine einmalige Einlage von 160 Millionen Franken und jährlich wiederkehrende Sparbeitragserhöhungen von 40 Millionen Franken. Im Dezember 2017 hat das bürgerlich dominierte Parlament die einmalige Zahlung über 160 Millionen Franken rigoros weggekürzt. Publica finanziert diesen Betrag nun nachträglich über die Rendite. Dies wurde möglich, weil im vergangenen Jahr eine überdurchschnittliche Rendite auf den Anlagen erzielt wurde. An den Sparbeitragserhöhungen hält der Bundesrat jedoch fest. Ohne Abfederungsmassnahmen wäre es für die Versicherten zu einer Rentenkürzung von bis zu 10% gekommen. Mit diesen Massnahmen wird sich die Rentenkürzung zwischen 2.8 – 5% bewegen. Für die über 60-Jährigen hat die Kassenkommission eine Übergangslösung geschaffen. Sie werden maximal einen Rentenverlust von 2.8% hinnehmen müssen.

«Ohne die vom PVB und seinen Partnern geforderten Abfederungsmassnahmen hätten die Versicherten eine Rentenkürzung von 10% hinnehmen müssen. Unsere Hartnäckigkeit hat sich gelohnt. »

Janine Wicki, Generalsekretärin des PVB und Mitglied der Kassenkommission der Publica

Für das Vorsorgewerk Publica des ETH-Bereichs wurde Folgendes beschlossen:

- **Die in den letzten Jahren angesammelten und als Rückstellungen verwendeten Überschüsse werden an die Versicherten verteilt, um die Senkung des Umwandlungssatzes auszugleichen.** Das Alterskapital der zum Zeitpunkt der Massnahmen über 45-jährigen Versicherten wird damit je nach Alter zwischen 2.6% und 11% aufgestockt.
- **Die Risikoprämien werden von 2% auf 1.5% gesenkt.** Der Anteil des Arbeitgebers beträgt 0.95%, derjenige der Arbeitnehmenden 0.55%.
- Die Sparbeiträge werden erhöht. Für die Altersklasse der 22- bis 44-Jährigen beträgt diese Erhöhung 0.5%, für diejenige der 45- bis 70-Jährigen 2.5%. Davon trägt der Arbeitgeber 64% und die Arbeitnehmenden 36%.
- Personen, die am 1.1.2019 60 Jahre und älter sind, müssen praktisch keinen Verlust hinnehmen (mit einigen Einschränkungen).

Die Rentenkürzungen konnten damit abgefedert werden und der Arbeitgeber wird sich an den Abfederungsmassnahmen beteiligen. Somit hat sich unsere Hartnäckigkeit gelohnt. Nichtsdestotrotz bleibt der Preis, den die Versicherten zahlen müssen, hoch.

Wahlen bei Publica

Erneuerungswahl der Delegiertenversammlung Publica

28 PVB-Mitglieder gewählt in der neuen Delegiertenversammlung!

Die Liste der Verhandlungsgemeinschaft des Bundes (VGB) hat im Wahlkreis I 35 von 61 Sitzen gewonnen, was einer Mehrheit entspricht; im Wahlkreis II waren es 4 Sitze. 61% der Kandidatinnen und Kandidaten wurden gewählt.

Jürg Grunder, neues Mitglied der Kassenkommission Publica

Per 1. Juli 2017 tritt Jürg Grunder, Verbandssekretär PVB und bis Ende Juni 2017 Mitglied des Paritätischen Organes des Vorsorgewerkes Bund die Nachfolge von Fred Scholl, ehemaliger Stv. GS PVB, als Mitglied der Kassenkommission Publica an. Auch an dieser Stelle danken wir Fred Scholl für seinen jahrelangen Einsatz zugunsten der Versicherten.

Luc Python neu im Paritätische Organ des Vorsorgewerkes Bund

Die DV Publica hat als Nachfolger von Jürg Grunder Luc Python in das Paritätische Organ des Vorsorgewerkes Bund gewählt.

Janine Wicki, neue Generalsekretärin und Mitglied der Kassenkommission Publica

Mit der neuen Generalsekretärin hat der PVB eine weitere Vertretung in der Kassenkommission Publica. Janine Wicki ist bereits seit dem 1. April 2016 AN-Vertreterin in der Kassenkommission.

Der PVB setzt sich für den früheren Altersrücktritt für besondere Personalkategorien ein

Der PVB will den heutigen Status bezüglich des Rücktrittsalters der besonderen Personalkategorien – namentlich der Grenzwächter, des versetzbaren Personals des EDA sowie der Berufs- und Unteroffiziere beibehalten. Deshalb hat er sich zusammen mit anderen Arbeitnehmerorganisationen in einem Schreiben an den obersten Personalchef des Bundes, Bundesrat Ueli Maurer, gewandt.

Die bestehenden Regelungen für diese besonderen Personalkategorien sind klar begründbar als Abgeltung für im Verlaufe der Berufskarriere erbrachte Überstunden, für Einsätze in gefährlichen und sehr schwierigen Kontexten, für Nacht- und Schichtarbeit sowie für Einsätze im Ausland. Diese Arbeiten sind ab einem gewissen Alter mit gesundheitlichen Risiken verbunden, die dann kaum mehr in der erforderlichen Qualität erbracht werden können. Bei diesen besonderen Personalkategorien handelt es sich zudem um Monopolberufe, die nur in der Bundesverwaltung ausgeübt werden können. Die Mitarbeitenden verbringen somit meist ihre gesamte berufliche Karriere in ihrem Beruf und damit beim Arbeitgeber Bund. Dies zeugt einerseits von einer besonders hohen Loyalität und Identifikation mit dem Arbeitgeber, weist aber gleichzeitig – durch den Monopolcharakter – auf eine eingeschränkte Arbeitsmarktfähigkeit hin. Der bewusste Entscheid für den Arbeitgeber Bund und die Tätigkeit in einem dieser Monopolberufe geht also einher mit dem Entscheid gegen die eigene Arbeitsmarktfähigkeit. Schliesslich handelt es sich beispielsweise bei den Grenzwächtern (Lohnklasse 15) oder den Berufsunteroffizieren um Personalkategorien in tieferen Lohnklassen, weit unter den Kaderlöhnen ab Lohnklasse 24. Beim EDA zeichnet sich mit der vorgesehenen Anpassung des Lohnsystems ab, dass das versetzbare Personal künftig nicht mehr mit den bisherigen Aufstiegsmöglichkeiten rechnen kann.

Eine zusätzliche Anpassung der Pensionierungsregelung hält der PVB daher für nicht zumutbar, insbesondere auch in Anbetracht der erst 2013 erfolgten letzten Anpassung und der noch bis Mitte nächstes Jahres laufenden Übergansfristen.

Aus der Antwort des Bundesrates ist ersichtlich, dass eine Arbeitsgruppe momentan die Anpassung dieser Bestimmungen prüft und mögliche Varianten erarbeitet. Die Arbeitsgruppe setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der betroffenen Departemente und Verwaltungseinheiten zusammen. Bevor das Geschäft an den Bundesrat geht, werden die Personalverbände Gelegenheit erhalten, ihre Meinung einzubringen.

Politische Agenda 2017

2017 hat der PVB offiziell Stellung zu zwei eidgenössischen Abstimmungsvorlagen bezogen:

NEIN zur USR III, eine politische Vorlage auf Kosten der Arbeitnehmenden

Die dritte Unternehmenssteuerreform (USR III) bezweckte die grösste Steuersenkung für Firmen aller Zeiten. Sie hätte zu Einnahmeausfällen von mindestens 2,7 Milliarden Franken pro Jahr geführt – wahrscheinlich noch viel mehr.

Am 12. Februar 2017 hat das Stimmvolk die USR III mit 59.1% der Stimmen abgelehnt. Extrem bürgerlich geprägte Kantone wie Schwyz oder Appenzell haben die Reform verworfen, ein grosser Teil der bürgerlichen Wählerschaft hat die Steuergeschenke an Firmen nicht goutiert.

JA zur Rentenreformvorlage AV2020 zur Stärkung der AHV

Am 24. September 2017 kam das Reformpaket «Altersvorsorge 2020» zur Abstimmung. Es wollte mit verschiedenen Massnahmen die AHV stärken, sie finanziell absichern und das Rentenniveau sichern.

Eine Mehrheit (52.7%) der Schweizer Bürgerinnen und Bürger hat die Reform der Altersvorsorge 2020 abgelehnt. Nichtsdestotrotz wird sich der PVB weiterhin für eine Stärkung der AHV einsetzen.

Aus den Departementen und dezentralen Einheiten

Janine Wicki (jw)
Rahel Imobersteg (ri)
Jürg Grunder (jg)
Luc Python (lp)

EDA- *lp*

Ein neues Lohnsystem für das diplomatische Personal

Der Bundesrat ist fest entschlossen, das Lohnsystem des diplomatischen und konsularischen Personals ab 2019 zu ändern und von einem Laufbahn- zu einem Funktionssystem zu wechseln. Derzeit beruht das System hauptsächlich auf dem Dienstalter. Das EDA will mit dieser Reform ein Lohnsystem einführen, das den Schwerpunkt auf die Kompetenzen und die Leistungen sowie auf ein transparenteres Versetzungsverfahren legt. Jedes Jahr werden rund 350 Mitarbeitende des EDA versetzt.

Der PVB ist der einzige Verband, der sich gegen dieses Vorhaben wehrt. Er ist der Meinung, dass dessen konkreten Auswirkungen nicht aufgezeigt werden und befürchtet, dass die Löhne der meisten Angestellten gekürzt werden und sich die Situation für die älteren Mitarbeitenden verschärft. Zudem erfordert das Vorhaben beträchtliche Ressourcen und es wurde weder ein Budget noch eine Evaluation dafür vorgesehen. Der PVB hat diese Bedenken mehrmals gegenüber der Direktion des EDA und der DR geäussert, sei dies auf dem schriftlichen Weg (u.a. auch in einem gemeinsamen Schreiben mit anderen Personalverbänden und Interessensgruppen), sei es mündlich (Treffen der Generalsekretärin Maria Bernasconi mit der Staatssekretärin Pascale Baeriswyl am 12. Januar 2017 oder Treffen der PVB-Präsidentin Barbara Gysi mit Bundesrat Ignazio Cassis im Dezember 2017). Der Vorstand der Sektion EDA hat mehrere Veranstaltungen zu diesem Thema durchgeführt, namentlich an seiner Generalversammlung. Der PVB verfolgt den gesamten Prozess der Erarbeitung des neuen Lohnsystems aufmerksam und nimmt aktiv an den Sitzungen zwischen Sozialpartnern über den Fortschritt dieser Arbeiten teil. Die Vorlage wird dem Bundesrat im Frühjahr 2018 unterbreitet.

EFD

Mit dem Generalsekretariat des EFD finden im 2017 regelmässig informelle Treffen und Gespräche statt. Ein Antrittsbesuch bei Serge Gaillard, Direktor EFV erfolgte am 8. August.

Eidg. Alkoholverwaltung (EAV) / Alcosuisse- *jg*

Die EAV wird in die Zollverwaltung integriert. Die Alcosuisse AG ist im Moment noch im Bundesbesitz, wird aber im Laufe des 2018 an Private verkauft.

Alle Mitarbeitenden der EAV, mit Ausnahme von zwei Personen, die physisch und/oder psychisch angeschlagen sind, haben eine berufliche Perspektive. Der PVB hat sich aktiv

beteiligt und sucht für die betroffenen Personen nach Lösungen.

Die EAV wird aufgelöst und in den Zoll überführt werden. Die Zahl der Anfragen von Mitgliedern zu Arbeitsverträgen und Zeugnissen hat zugenommen.

Eidg. Zollverwaltung (OZD)- *jg*

Am 17. Januar 2017 fand die jährliche Infokonferenz der Oberzolldirektion (OZD) und der Personalverbände statt. Sie wurde zum ersten Mal vom neuen Oberzolldirektor, Christian Bock, geleitet.

Mit dem Transformationsprojekt DazIT soll der Zoll in den nächsten zehn Jahren auf die digitale Zukunft ausgerichtet werden. Ein Projektantrag mit dem Budget von etwa 400 Millionen Franken wird ins Parlament gelangen. Gemäss OZD soll die Umsetzung von DazIT zu keinen Entlassungen führen. Die Personalverbände werden ins Projekt eingebunden. Neben der Umsetzung des Stabilisierungsprogrammes 2017–2019 muss der Zoll auch den Entscheid des Parlaments, die Kürzung des Personalkredits von 50 Millionen Franken, tragen. Gemäss Personalchef, Martin Weissleder, sollen diese Kürzungen ohne Entlassungen umgesetzt werden. Die Treueprämie darf wieder als Freizeit bezogen werden. Das Grenzwachkorps (GWK) ist von allen Sparprogrammen ausgeschlossen. Der Migrationsdruck an der Grenze wird steigen.

Die OZD hat klar und unmissverständlich bekräftigt, dass es bei der Personalbeurteilung keine Vorgaben gibt. Die Beurteilung erfolgt ausschliesslich nach Leistung und nicht nach Quoten.

Edelmetallkontrolle - *jg*

Die Edelmetallkontrolle wird reorganisiert. Der PVB hat im Magazin-e 6/2016 ausführlich darüber berichtet. Es wird neu ein Zentrallabor in Brügg bei Biel geben. Die Labortätigkeiten in Zürich fallen weg. Genf kann das Labor dank der Unterstützung aus der Privatwirtschaft und dem Druck des PVB behalten. Dem Wegfall von Stellen des Labors in Zürich stehen neue Stellen in Brügg und teilweise in Genf gegenüber. Dem Stellenbesetzungsprozess kam deshalb eine grosse Wichtigkeit zu.

Gewisse Personen in aktuellen Leitungsfunktion konnten ihre Stelle behalten. Mitarbeitende ohne zugewiesene Stelle mussten sich unter Angabe von drei Stellenwünschen auf die ausgeschriebenen Stellen bewerben. Das HRC OZD und die Chefs der Zentralen Edelmetallkontrolle (ZEMK) haben aus den eingegangenen Bewerbungen unter Berücksichtigung der betrieblichen Anforderungen und der Wünsche der Mitarbeitenden einen Stellenallokationsplan erarbeitet. Dieser wurde an der Teilprojekt-Sitzung vom 16. März 2017, in Anwesenheit des Chefs der EMKA und des PVB, besprochen und nach leichten Anpassungen angenommen.

Aufgrund der Ausgangslage, der Wünsche und der Rahmenbedingungen können nicht allen Mitarbeitenden befriedigende Stellenangebote gemacht werden. Der PVB bedauert diese Situation zutiefst, unterstützt die betroffenen Mitarbeitenden und sucht Lösungen.

Bundesamt für Informatik (BIT) - *ri*

Bereits anfangs Jahr macht sich beim BIT der Spardruck bemerkbar. Erste Personen werden noch im Januar und Februar betreut, die wegen Sparmassnahmen direkt gehen mussten. Generell mehren sich Probleme wegen Krankheit und Überlastung. Am Donnerstag, dem 9. März kam eine Einladung an die Sozialpartner für ein Treffen mit Herr Conti am Montagabend, dem 13. März um 17.00h. Das liess nichts Gutes ahnen. Kommuniziert wurde dann der Beschluss, dass auf Grund der Sparmassnahmen und dem Grossprojekt DAZIT rund 65 Stellen aufzuheben sind. Der PVB hat am Tag der offiziellen Kommunikation auch mit einem Newsletter reagiert. Die Zusammenarbeit mit dem Präsidenten der

Sektion Finanzdepartement war ausgezeichnet und seine Unterstützung war sehr hilfreich. In den darauffolgenden Tagen haben sich mehr als 35 Personen direkt in Einzelgesprächen oder in Gruppen vom PVB beraten lassen. Der Prozess gestaltete sich zu Anfang harzig und kompliziert. Sehr viel Beziehungsarbeit, harte Gespräche und Insistieren führten dazu, dass mittlerweile ein guter Austausch existiert.

Für die 27 Personen, die von der ersten Abbaurunde betroffen waren, sollte nach Ansage im BIT, bis Mitte August 17 jeweils eine Lösung gefunden werden. Rund 15 der Direktbetroffenen wurden intensiv vom PVB unterstützt. Gemäss HR des BIT sind die andern Gewerkschaften nicht involviert. Von den 27 Personen erhielten 5 eine Sozialplanpensionierung. Dass es überhaupt möglich war, ist auch massgebend der Arbeit des PVB zu verdanken. Für weitere rund 5 Personen gab es eine vorzeitige Trennung, alle andern wurden über das «reguläre» Verfahren einer Trennung nach BPV 104ff. entlassen. Trotz kleiner werdendem Spielraum haben wir für die PVB Mitglieder versucht, bei der Vereinbarung die die Auflösung des Arbeitsverhältnisses regelt, eine möglichst individuell sinnvolle Lösung zu finden.

Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) - *ri*

Beim BBL hat sich die Situation beruhigt. Eines der letzten Reorganisationsopfer ohne Anschlussstelle hat vor Weihnachten (auch durch Unterstützung des PVB) endlich eine neue Stelle gefunden, einem andern wurde nun die Sozialplanpensionierung endgültig genehmigt. Der Antrittsbesuch bei Pierre Broye, dem neuer Direktor des BBL erfolgte am 10. August. Am 20. Juni und am 20. Dezember trafen sich die Sozialpartner und die Leitung des BBL zu den traditionellen Gesprächen zum Reinigungspersonal. Hier ist als nächster Entwicklungsschritt vor allem mehr Fokus auf die Weiterbildung angesagt.

Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) - *ri*

Am 30. März findet ein Austausch mit allen Sozialpartnern statt: Staatssekretär Jörg Gasser und die HR Leiterin informieren über ein laufendes Reorganisationsprojekt. Die Mitarbeitenden werden eng einbezogen und erarbeiten selber Teile der neuen Struktur. Es gehe darum, junge Mitarbeitende auch in Zukunft behalten zu können, so Jörg Gasser. Das Projekt soll keine Sparmassnahme sein, aber es werden Führungspersonen wohl Änderungen in Kauf nehmen müssen. Als Nachhall der Reorganisation ist beim PVB verstärktes Beratungsbedürfnis der SIF Angestellten zu spüren.

Eidg. Steuerverwaltung (ESTV) - *ri*

Mit der Leitung des HR der ESTV und dessen Case Management gibt es übers Jahr immer wieder regen informellen Austausch. Am 21. April erfolgt ein Antrittsbesuch bei Direktor Hug und HR Leiter Abgottspon. Die Reorganisation im Bereich Mehrwertsteuer ist nun grundsätzlich abgeschlossen. Den Sparmassnahmen will man wenn irgendwie möglich gerecht werden ohne Entlassungen. Das sollte möglich sein auch wegen einem Wachstum in einigen Bereichen, allerdings braucht man in den neuen Stellen eher höhere Qualifikationen. Einen Reformbedarf auf genereller Stufe sieht die ESTV auch beim Thema Zeiterfassung; hier wünschte man sich eine grössere Flexibilität.

VBS *- jg*

Dialog VBS

Am 3. November 2017 fand der zweimal jährlich stattfindende «Dialog VBS» in den Räumlichkeiten des Eidgenössischen Ausbildungszentrums in Schwarzenburg statt. Der Zweck des Dialogs ist eine Aussprache aller Personalchefs des VBS mit den Sozialpartnern. Der PVB begrüsst diese Plattform sehr und schätzt es, dass er auch dort die Rolle des Arbeitnehmendenvertreters wahrnehmen kann. Unter dem Vorsitz des Personalchefs VBS, Jürg Stauffer, wurden folgende wichtige Themen besprochen.

Die Erhöhung des Pensionsalters der besonderen Berufskategorien (Berufsunteroffiziere und -offiziere) respektive die Konsequenz deren Umsetzung wirft viele Fragen auf und löst Unsicherheiten sowie Verängstigungen aus. Eine Arbeitsgruppe wird dazu bald ihre Arbeit aufnehmen.

Weiterentwicklung der Armee (WEA)

Daniel Gafner, Personalchef der Armee, bestätigt seinerseits, dass die WEA nach Plan verläuft. Sämtliche Stellen des Departements wurden intern ausgeschrieben und die von der WEA betroffenen Mitarbeitenden konnten sich darauf bewerben. Ende Mai haben 57 der aktuell von der WEA betroffenen Angestellten eine neue Stelle im Departement gefunden. Herr Gafner versicherte, dass er sich bei den Personalverantwortlichen seines Departements persönlich dafür einsetze, damit diese die internen Bewerbungen berücksichtigen und die von der WEA betroffenen Mitarbeitenden anstellen. Er ermuntert die Angestellten, proaktiv auf dem Stellenportal nach einer Stelle zu suchen. Ihnen wird eine Lohngarantie während zwei Jahren oder für die über 55-Jährigen bis zu ihrer Pensionierung zugesichert. Der PVB bittet den Personalchef, das von der WEA betroffene Personal über die Bedingungen im Falle einer proaktiven persönlichen Stellensuche zu informieren. Der PVB weist darauf hin, dass die Angestellten gewisse Bedenken hätten, sich für eine Stelle mit einer niedrigeren Lohnklasse zu bewerben, da sie die erworbenen Rechte nicht verlieren wollen

Regelmässiger Infoaustausch mit dem Chef der Armee

Der neue Armeechef Philippe Rebord ist seit Anfang Jahr im Amt. Am 19. Juni hat er mit den Sozialpartnern im Rahmen der traditionellen, zweimal im Jahr stattfindenden Treffen brennende Themen – Terrorismus, Dienstpflicht, Kampfflugzeuge, Stand der Armee, Budget – diskutiert. Er wies insbesondere darauf hin, dass die Armee im Bereich der Cyber-Abwehr mit Fiatina über ein Programm verfügt, in dessen Rahmen die Schaffung von drei von Swisscom völlig autonomen Rechenzentren geplant ist. Die Armee habe jedoch grosse Mühe, unter den AbsolventInnen der Eidgenössischen Technischen Hochschulen Cyber-SpezialistInnen zu rekrutieren, da die Löhne in der Privatwirtschaft deutlich höher sind als in der Bundesverwaltung.

Der PVB trifft den CdA, Philippe Rebord

Am 8. Februar fand ein konstruktiver Infoaustausch zwischen dem PVB, der durch die neue Verbandspräsidentin Barbara Gysi und Jürg Grunder vertreten war, und dem Chef der Armee (CdA) Philippe Rebord und dem Personalchef Daniel Gafner statt.

Die wichtigsten Punkte waren die Sozialpartnerschaft und die Sparprogramme in der Armee resp. deren Umsetzung und Konsequenzen für die Mitarbeitenden.

Bis ins Jahre 2021 muss die Armee auf 9‘150 Vollzeitstellen reduziert sein. Ende Dezember 2016 waren im Bereich Verteidigung noch deren 9‘350 beschäftigt. Mit der Planung der Stellenreduktion soll man auf Kurs sein. Zusätzlich muss aber noch der Luftpolizeidienst

24 aufgebaut werden, was zusätzliche Stellen benötigen wird. Die Armeespitze hat Massnahmen geplant, um Entlassungen zu vermeiden. Die Weisung, dass es keine Kündigungen für Mitarbeitende älter als 55 Jahre mit 20 Dienstjahren gibt, soll eingehalten werden

Führungsunterstützungsbasis der Armee (FUB)

Bei der FUB sei es schwierig, neue Mitarbeitende im Bereich Cyber zu finden, da es auf dem Arbeitsmarkt nicht allzu viele gut qualifizierte Leute gibt. Der PVB hofft sehr, dass bald genügend Mitarbeitende angestellt werden um die Arbeitslast gerechter zu verteilen.

Logistikbasis der Armee (LBA)

Bei der LBA sind ungefähr die Hälfte der Angestellten älter als 50 Jahre. Hier wird in Zukunft ein Knowhow-Verlust mit den anstehenden Pensionierungen befürchtet. Die Anpassung der technischen Parameter bei Publica im Jahre 2018 (Senkung des technischen Zinssatzes und des Umwandlungssatzes) werden diesen Trend unter Umständen noch zusätzlich unterstützen.

Die LBA muss mit WEA mit 3'000 Stellen, also 8% weniger Personal, eine höhere Bereitschaft garantieren können. Bei Mobilmachung muss innert 24 Stunden auf einen Mehrschichtbetrieb umgestellt werden, um ein grosses Truppenaufgebot vollständig auszurüsten - eine grosse Herausforderung, die perfekte Vorbereitungen, eingespielte Abläufe und einen ausserordentlichen Einsatz der Mitarbeitenden erfordern werde.

Die Entschädigungen für den Pikettdienst würden aus dem gleichen Budget bezahlt, das auch die Lohnsumme enthalte. Deshalb sei es für den Chef LBA wichtiger, weniger Stellen abbauen zu müssen, als eine grosse Pikettorganisation zu finanzieren. Man hätte sich nun in der Mitte gefunden und die Entschädigungen sollen ausbezahlt werden. Nur in Ausnahmefällen soll diese Bereitschaft durch Zeitzuschläge kompensiert werden.

Aussprache betreffend der Personalsituation LBA im Gotthard-Raum

Wegen der Personalsituation LBA im Gotthard-Raum und der Pikettdienstentschädigung hat der PVB zusammen mit Transfair am 29.3.2017 den Chef der LBA Divisionär Kaiser getroffen.

Es ging dabei vor allem um mögliche Stellenverschiebungen aus dem Kanton Uri nach Monteceneri und von Erstfeld nach Riedern GL.

Von den PVB-Mitgliedern haben wir erfahren, dass sich mit der Weiterentwicklung der Armee (WEA) Stellenverschiebungen aus dem Urserental in den Raum Monteceneri und aus dem Raum Flüelen ins Glarnerland abzeichnen werden. In der darauffolgenden Aussprache mit dem Chef Logistikbasis der Armee (LBA), Div. Thomas Kaiser, wollte der PVB die Hintergründe einer solchen möglichen Verschiebung wie deren Umsetzung aufgrund der gesetzlich definierte Zumutbarkeit (maximal 2 Stunden pro Arbeitsweg) erfahren.

Im Moment seien noch nicht alle Entscheide abschliessend gefällt. Im April/Mai 2018 sollen aber alle betroffenen Angestellten der LBA aus dem Grossraum Gotthard wissen, wo sie in Zukunft arbeiten werden. Die meisten Personen werden an ihrem Arbeitsplatz im Urnerland bleiben können. Wenn Monteceneri nicht ‘zumutbar’ ist, gibt es im Raume Innerschweiz aber noch weitere Arbeitsorte innerhalb der LBA.

Der Armeesportstützpunkt in Realp wird bis Ende 2021 vom Bundesamt für Sport übernommen. Anschliessend soll er durch eine zivile Trägerschaft geführt werden.

Militärischen Sicherheit (Mil Sich)

Im Frühling 2017 hat der PVB, nachdem einige Anfragen von besorgten Mitgliedern und auch von Sektionvorständen eingetroffen sind, den Kommandanten der Militärischen Sicherheit (Mil Sich) Brigadier Hans Schatzmann kontaktiert. Herr Schatzmann hat sich während zwei Sitzungen die nötige Zeit genommen, um dem PVB die aktuelle und vor allem die zukünftige Situation der Mil Sich zu erklären. Diese Art der Zusammenarbeit sucht der PVB und weiss diese sehr zu schätzen. Der PVB hat Verständnis, dass es sich hier um einen politischen Entscheid handelt und die Mil Sich sich entsprechend zu richten und organisieren hat. Er hat aber auch auf recht hoher Stufe in der Verteidigung interveniert als er beispielsweise vernahm, dass Personen aus dem Raume Ostschweiz eine Detachierung an den Monte Ceneri erhalten haben, was absolut 'unzumutbar' ist. Mit einer gewissen Erleichterung hat er zur Kenntnis genommen, dass die Detachierungen rückgängig gemacht wurden und Lösungen gefunden wurden.

Fachberufsunteroffiziere (FBU)

Für die Fachberufsunteroffiziere (FBU), die als Ausbildungsunterstützer eingesetzt sind, will sich die Armeespitze einsetzen, dass diese mit der WEA weiterhin eine zumutbare Stelle finden werden. Der PVB hält ein waches Auge darauf.

Erfreulicherweise haben wir erfahren, dass im Moment genügend Ausbildungskredite vorhanden sind und der CdA es befürwortet, wenn sich seine Mitarbeitenden für die Sozialpartner (zum Beispiel im PVB) einsetzen.

Pension mit Sozialplan

Mit der Weiterentwicklung der Armee (WEA) wurden einigen PVB-Mitgliedern die Pensionierung mit Sozialplan angeboten, da ihre Stellen nicht mehr benötigt werden und die Stellensuche bis heute leider erfolglos war.

Da dieser Entscheid verbunden mit Fragen zu AHV, Pensionskasse etc. nicht ganz einfach zu fällen ist, führt dies zu einem erhöhten Beratungsaufwand der Mitglieder.

RUAG- *jg*

Sozialpartnertreffen mit der RUAG

Am 15. September 2017 fand das jährlich stattfindende Treffen mit der Konzernspitze der RUAG statt. Der PVB war durch den Verbandssekretär Jürg Grunder vertreten, der unter anderem die Fragen aus den Sektionen der Konzernleitung unterbreitete.

Strategie Teilprivatisierung

Seit 2015 ist eine Arbeitsgruppe daran, sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen. Entscheide sind keine gefällt. Auf Seiten RUAG ist neu der ehemalige Direktor der Alkoholverwaltung Alexandre Schmidt seit kurzem für diese Fragen zuständig. Der PVB ist froh einen direkten Ansprechpartner seitens RUAG zu haben.

Strategie RUAG

Schwergewichtig wird in die Bereiche Cyber und Space wie in den Strukturbau in Emmen investiert werden. Es kann gut sein – je nach Auftragslage -, dass es in der Schweiz eine Konzentration auf die Orte Zürich, Bern, Emmen und Thun geben wird. Der PVB hält die Lage im Auge und ist froh um die Meinungen der Mitglieder vor Ort.

Pensionskasse

Die Pensionskasse RUAG hat die technischen Parameter vor kurzem angepasst. Eine weitere Aenderung soll nicht in der Pipeline sein.

Treffen mit den Arbeitnehmervertretungen der RUAG

Auf Wunsch des PVB ist es am 12. Dezember 2017 zu einem ersten Treffen aller Arbeitnehmervertreter ANV Präsidenten der einzelnen Divisionen der RUAG mit den Sozialpartnern gekommen.

Das Ziel war, eine gute Zusammenarbeit aufbauen, sich besser kennenzulernen und ein gegenseitiger offener und transparenter Gedankenaustauch zu führen. Somit kann der PVB seine Mitglieder besser und effizienter vertreten. Beide Seiten waren sehr froh um diesen Austausch. Das gegenseitige Vertrauen sowie der Wille die Zusammenarbeit zu verstärken, wurden ausgesprochen. Ein nächstes Treffen findet im August 2018 in Olten statt.

Die RUAG unterliegt dem Gesamtarbeitsvertrag GAV der Maschinen-, Elektro und Metall-Industrie.

Im Artikel 6 dieses GAV sind die Arbeitnehmervertretungen geregelt. Diese ANV, die in der RUAG gemäss GAV «eine besondere Vertrauensstellung» geniessen, arbeiten alle unisono in der RUAG. Sie sollen den GAV stärken und durchsetzen und sind von der Arbeitnehmerschaft gewählt.

Skyguide *- jg*

Die Sektion Skyguide, die seit Jahren mit drei andern AN-Vertretungen die GAV-Verhandlungen mit dem AG Skyguide führt, teilt mit, dass die GAV-Verhandlungen noch nicht unter Dach und Fach sind und es somit vorkommen könnte, dass die AN per 1.1.2018 ohne GAV dastehen werden. Sie stufen, dies nicht als allzu dramatisch ein, behalten die Sache im Auge und halten den PVB auf dem Laufenden.

EJPD *- ri*

Mit dem Generalsekretariat des EJPD finden im 2017 vereinzelt informelle Treffen und Gespräche statt. Ein Antrittsbesuch bei Martin Dumermuth, Direktor BJ findet am 4. Juni statt.

Bundesamt für Justiz (BJ)
Besuch beim Direktor Martin Dumermuth

- Sehr viele Vorstösse kommen aus den beiden parlamentarischen Kammern, die viele Ressourcen binden.
- Das BJ hat mit ca. 55-60 % einen hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigten (BG < 80 %).
- Sparprogramme werden durch Karenzzeit bei Stellenbesetzungen, langsameren Lohnaufstiegen und tieferen Einstiegslöhnen aufgefangen.
- Da der Bund keine Krankentaggeldversicherung hat können Stellen von Langzeitabwesenden nicht besetzt werden. Wunsch des BJ wäre eine Krankentaggeldversicherung des Bundes.

Staatssekretariat für Migration (SEM)

Das SEM ist unter grossem Zeitdruck, das Amt für die Einführung des neuen Asylgesetztes parat zu machen. Dazu gehört auch eine Dezentralisierung, die für viele Personen einen Arbeitsortswechsel mit sich bringen wird und eine Neuregelung aller notwendigen Prozesse, etc. Das grosse Projekt soll im SEM nicht wieder alle Angestellten verunsichern, so das Ziel der Leitung: sie versucht den Prozess über einen integrativen, internen, breit abgestützten Prozess zu begleiten (Projekt UNOS). Die Sozialpartner werden eingebunden. Trotzdem bleibt eine grosse Unruhe bestehen, vor allem bei den älteren Arbeitnehmenden. Im gesamten 2017 haben vermehrt Treffen mit Einzelpersonen und der Personalkommission stattgefunden. Es fanden 6 reguläre Sitzungen (jeweils ein Tag) des Sounding Boards statt.

Weitere informelle Treffen mit der Leitung haben stattgefunden um Bedenken hinsichtlich der Personalführung im Testbetrieb anzusprechen. Maria Bernasconi war am 31. Mai 2017 an der Orientierungssitzung des SEM zur Reorganisation und zur Umsetzung des neuen Asylgesetzes, da Rahel Imobersteg nicht teilnehmen konnte.

Am 7. Juni hatte Maria Bernasconi zudem ein Interview der Télévision romande zur Umsetzung des neuen Asylgesetzes und dessen Auswirkung auf das Personal, vor allem was das Umziehen in der Westschweiz bedeutet. Die Umsetzung der Asylgesetzesrevision dürfte für das Personal teilweise hart werden.

Bundesamt für Polizei (fedpol)

Beim Fedpol ist der Dialog mit der Leitung etabliert und funktioniert einwandfrei, auch bei komplizierten Einzelfällen. Jedoch sorgt die Reorganisation der BKP für grosse Unruhe. Das Kader muss sich neu bewerben, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht. Allerdings werden sie evtl. Unterstellungen wechseln. Grundsätzlich sind einige Fragen noch etwas unbefriedigend gelöst. An den zweimal jährlich stattfindenden Austauschtreffen wurde u.a. die Kommunikation diskutiert: gerade im Personalbereich sind gewisse fedpol-Entscheide (z.B. Förderung von Home-Office) bei den Mitarbeitenden nicht so ankommen, wie gewünscht. Die Botschaften werden auf dem Weg bis zur Basis oft "verwässert". Die Direktorin und die C RESS haben daher entschieden, vermehrt den direkten Austausch mit den Mitarbeitenden zu suchen und ihnen die Gelegenheit zu geben, Fragen zu stellen (z.B. zu Teilzeitarbeit, zu Aus- und Weiterbildungen, Strategie und Werte von fedpol, Führen von Mitarbeitergesprächen etc.). Zudem soll auch zur Sprache kommen, was die Mitarbeitenden bei fedpol schätzen, aber auch, wo "der Schuh drückt".

EDI *- ri*

Mit dem Generalsekretariat des EDI finden im 2017 regelmässig informelle Treffen und Gespräche statt. Ein Austausch beim Direktor des BSV, Jürg Brechbühl fand am 27. April statt.

Bundesamt für Statistik (BFS)

Am 25. Januar wurde ein Referat „Meine Rechte bei Reorganisationen und Sparmassnahmen“ beim BFS durchgeführt. Barbara Gysi hat ein Referat zu der Diskussion über Sparmassnahmen im Parlament gehalten. Die Vizedirektorin Ruth Meier und die HR Chefin a.i. Ruth Seiler waren auch anwesend. Es haben mehr als 80 Personen den Anlass besucht. Mehrere informelle Gespräche haben übers Jahr mit der Leitung stattgefunden.

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV)

Am 21. Februar erfolgte ein Antrittsbesuch bei Direktor Hans Wyss Vereinzelt gab es im 2017 auch Beratungsanfragen vom BLV.

Bundesamt für Gesundheit (BAG)

Im BAG gibt es weiterhin relativ viele Einzelfälle und das Amt sorgt im PVB für viel Beratungsaufwand. Der Umzug ins neue Gebäude wurde im 2017 weitestgehend verdaut und doch bleiben in einzelnen Bereichen weiterhin Unruhe bestehen.

WBF

Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) *-jg*

Am 22. November 2017 fand der mindestens einmal im Jahr stattfindende Austausch mit dem Direktor des Bundesamts für Landwirtschaft (BLW) Bernard Lehmann statt.

Lehmann zeigt sich sehr erfreut über den Austausch und schätzt die offene, transparente Diskussion mit dem PVB. Hier stösst er beim PVB auf offene Türen. Der Direktor erläutert die Sparsituation im Bundesamt und schliesst nicht mehr aus, dass es zu einem Aufgabenverzicht kommen wird, da es nun ans Lebendige geht und kein Sparpotenzial mehr vorhanden ist.
Bei der Umfrage zur Personalzufriedenheit hat man festgestellt, dass die Kriterien Führung und Kommunikation verbessert werden können. Unter anderem mit Einzelgesprächen, Feedback an die Vorgesetzten, einem positiven Umgang mit Fehlern, einem noch bewussteren Führungskursbesuch, wie Lokalterminen mit dem Direktor sollen die zukünftigen Resultate bei erwähnten Kriterien gesteigert werden. Der PVB hat mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass auch die Jobrotation im Amt gefördert wird. Im 2018 ist vorgesehen, dass das BLW nach Liebefeld umziehen wird.

Agroscope *-lp*

Die 2014 beschlossene interne und externe Reorganisation von "Agroscope 18+" war Ende 2017 praktisch abgeschlossen. Agroscope wurde restrukturiert, um die verschiedenen Forschungsanstalten in vier Instituten unter einer gemeinsamen Direktion zusammenzufassen. Der Wegfall einer Führungsebene im Organigramm von Agroscope führte zum Abbau von 24 Leitungsfunktionen, die durch zehn neue Stellen ersetzt wurden. Es wurden neue Organisationsstrukturen geschaffen und substanzielle Einsparungen realisiert. Vierzehn Kaderstellen wurden abgebaut und ein neues Organigramm eingeführt.

Das Budget 2018 ist stabil und der Leiter, Michael Gysi, blickt zuversichtlich in die Zukunft. Angesichts dieser umfassenden strukturellen Änderungen stellt der PVB jedoch eine wachsende Verunsicherung seitens des Personals fest. Das Personal ist durch die strukturellen Änderungen und die Nichtverlängerung der meisten befristeten Arbeitsverträge demotiviert. Der Verbandssekretär des PVB musste sich 2017 bei den Führungsorganen von Agroscope wiederholt für dessen Mitglieder einsetzen, sei dies wegen Kündigungen von Mitarbeitenden aufgrund der laufenden Restrukturierungen oder dem wachsenden Arbeitsdruck auf das Personal, der zu Spannungen zwischen Mitarbeitenden und Vorgesetzten führt.

Zivildienst (ZIVI) *-jg*

Das Projekt der Reorganisation der Zentralstelle (Standort Thun) der Vollzugsstelle für den Zivildienst (ZIVI) ist abgeschlossen. Dies konnte deren Leiter Christoph Hartmann dem PVB vermelden.

Das Schlussergebnis der Klassifikation sieht wie folgt aus:

- Klassifikationsstufe unverändert (vor bzw. nach Umsetzung Reorganisation): 29 Stellen
- Höhere Klassifizierung: 16 Stellen
- Tiefere Klassifizierung: 7 Stellen

Der PVB hat das Ergebnis zur Kenntnis genommen, bedauert aber, dass es leider bei einigen Personen zu Rückstufungen nach der 2-jährigen Besitzstandsgarantie kommen wird. Die Vertragsanpassungen sollen gemäss Hartmann für sämtliche 52 Stellen der Zentralstelle mit den Stelleninhaberinnen und Stelleninhabern im Konsens erfolgen. Änderungskündigungen mussten somit keine ausgesprochen werden.

Der gesamte Prozess Reorganisation, Klassifizierung und Vertragsanpassungen ist damit plangemäss abgeschlossen.

Treffen mit der Spitze des Eidgenössischen Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB) *-jg*

Am 6. Dezember 2017 traf sich der PVB mit dem EHB-Ratspräsidenten, Philippe Gnägi,

der Direktorin, Cornelia Oertle, und der Leiterin HR, Rita Flühmann, zum jährlich Informationstreffen.

Dabei stand der Rückblick, der Ausblick wie die Lohnentwicklung 2018 auf dem Programm. Das Personal des EHB wird hinsichtlich Teuerung gleich wie das Bundespersonal behandelt.

Beim Rückblick stand schwergewichtig die Reorganisation im Bereich Weiterbildung Deutschschweiz im Vordergrund. Der PVB hatte grossen Einfluss in der Betreuung und Begleitung der betroffenen Personen.

Die EFQM-Zertifizierung im Hinblick auf die institutionelle Akkreditierung steht im 2018 im Zentrum. Es soll effizienter werden, aber keine Sparvorgabe vorhanden sein. Eine Überprüfung der Organisation im Bereich Ausbildung ist angekündigt. Der PVB wird diesen Prozess verfolgen.

Die Personalbefragung vom Herbst 2017 hatte eine Rücklaufquote von 73 %. Der Fragebogen wurde mit umfassenden Fragen zum Change-Prozess ergänzt.

Aus KTI wird Innosuisse *-jg*

Die heutige Kommission für Technologie und Innovation (KTI) wird per 1.1.2018 in Innosuisse umbenannt. Sie wird neu eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit und erhält eine neue Organisationsstruktur. Die Anstellungsbedingungen für das Personal wie die Zuteilung zum Vorsorgewerk Bund bei Publica bleiben erhalten. Dies sind die wichtigsten Punkte der Info vom 28.6.2017 der neuen Geschäftsführerin KTI/Innosuisse Annalise Eggimann und des Ressourcenleiters Erich Bloch.

UVEK *- ri*

Mit dem Generalsekretariat des UVEK finden im 2017 vereinzelt informelle Treffen und Gespräche statt. Folgende Antrittsbesuche/Anlässe finden u.a. statt:
2. März: Besuch bei BFE Direktor Revaz
16. März: Besuch bei ARE Direktorin Lezzi
24. März: Besuch bei BAV Direktor Füglistaler, in Begleitung von Nicolas Schmidt
2. Mai: Besuch bei BAZL Direktor Hegner

Bundesamt für Umwelt (BAFU)

Im 2017 stand das BAFU etwas mehr im Fokus, nicht zuletzt dank den Anregungen der engagierten Personalkommission. Am 2. Februar wurde der PVB an die Retraite der Peko BAFU eingeladen, den PVB vorzustellen. Am 22. August war der PVB an die PEKO Sitzung eingeladen. Am 2. Oktober erfolgte ein Antrittsbesuch bei Direktor Chardonnes und Vizedirektorin Hofmann. Sparmassnahmen machen auch dem BAFU zu schaffen.

ETH-Bereich *- lp*

Zwei Hauptthemen prägten das Jahr 2017: der Wille des Parlaments, das Budget des ETH-Bereichs um 90 Millionen kürzen und der Entscheid der Kassenkommission der Public, den technischen Zinssatz und den Leitzins zu senken sowie die zu erwartenden Auswirkungen dieses Entscheids auf das Personal.

An seiner Sitzung im Dezember 2017 hat das Bundesparlament die vom ETH-Rat im Budget 2018 geforderten Kredite schlussendlich genehmigt. Der PVB hat sich sehr für diesen Entscheid eingesetzt, weil von ihm auch der Entscheid des ETH-Rats abhing, dem Personal des ETH-Bereichs eine Lohnerhöhung von 0.6% zu gewähren. Es ist anzumerken, dass sämtliche bei der EPFL arbeitenden An-

gestellten diese Lohnerhöhung erhalten haben – diese ist grundsätzlich nur dem Personal vorbehalten, das dem NLS (neues Lohnsystem) untersteht.

In Bezug auf die Publica hat eine gewisse Angst der Angestellten im Hinblick auf die unsichere Zukunft und die personellen Auswirkungen der Senkung des Zinssatzes der Publica die PVB-Sektion Zürich dazu bewogen, am 6. Dezember 2017 in Zusammenarbeit mit den anderen Sozialpartnern eine Veranstaltung zu organisieren, an der im Audimax der ETHZ über 700 Personen teilgenommen haben. Viele Mitarbeitende haben die Veranstaltung in Basel, Genf und Dübendorf zudem per LIVE-Übertragung mitverfolgt. Die Sektion EPFL des PVB hat mit der Direktion der EPFL eine ähnliche Informationsveranstaltung initiiert, die ebenfalls ein grosser Erfolg war.

Luc Python (Verbandssekretär) und Jacqueline Morard (Präsidentin der Sektion) haben am 31. Oktober 2017 die neue Personalchefin der EPFL, Susanna Swann, getroffen und sie gebeten, die Problematik der befristeten Arbeitsbeträge ernst zu nehmen. Frau Swann versicherte, handeln und einen Bericht über die Situation anzufordern zu wollen. In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass der PVB innerhalb der EPFL sehr viel Beharrlichkeit in Bezug auf die Problematik der befristeten Arbeitsverträge an den Tag legt. Die Generalsekretärin Maria Bernasconi und der Verbandssekretär Luc Python haben in Dübendorf den Direktor der Empa, Gian-Luca Bona, getroffen, um Personalfragen im Allgemeinen und ein Problem im Besonderen zu besprechen.

Bundesanwaltschaft *- ri*

Die Situation scheint nach den Reorganisationen im 2016 im 2017 etwas ruhiger geworden zu sein. Viele derjenigen, die vom PVB bei der Reorganisation betreut wurden, haben eine neue Stelle gefunden. Insbesondere die individuell ausgestatten Vereinbarungen haben sich hier ausbezahlt gemacht. Vereinzelt gibt es aber immer wieder Beratungsanfragen. Am 16. Februar fand ein Antrittsbesuch bei Bundesanwalt Lauener und Generalsekretär Curiger statt.

Bundeskanzlei *- ri*

Bei der Bundeskanzlei wurde im 2017 ein spannender Austausch mit der Personalkommission etabliert.

Parlamentsdienste *- ri*

Bei den Parlamentsdiensten ist seit einer Anpassung der Pflichtenhefte (und damit der Lohnklassen) Feuer im Dach. Im Oktober gab es dazu mit der Personalkommission, rund 20 (Nicht-)Mitgliedern und auch dem VPOD diverse Unterhaltungen, Gespräche und Beratungen. Dazu gehört auch, dass der PVB, damit es nicht zu einem noch grösseren Chaos kommt, einen Austausch der Leitung mit den Sozialpartnern am 25.10. angeregt hat. Seit dem darauffolgenden Newsletter ist etwas Ruhe eingekehrt, die Situation ist aber noch nicht geklärt. Es besteht weiterhin sehr grosser Beratungsbedarf, individuell und für Gruppen.

FINMA *- ri*

Am 20. März war der Antrittsbesuch bei Direktor Branson und HR Leiter Röthlisberger. Die FINMA hat die Prämien abgeschafft und dadurch generell die Löhne erhöht. Der Lohnaufstieg erfolgt individuell und nach Leistung. Um als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben, ist die FINMA gemäss der Leitung sehr grosszügig im Bereich Home-Office, Teilzeitarbeit und individuell angepassten Lösungen. Am 2. Mai fand nach einer Pause wieder ein Sozialpartneraustausch statt. Die Durchschnittslöhne in der FINMA sind höher als im Rest der Bundesverwaltung. Das FINMA Vorsorgewerk hat momentan einen Deckungsgrad von 105%.

Publica *- ri*

Mit der Leitung der Publica finden vorbildlich zweimal pro Jahr längere Austauschtreffen statt. Individuelle Probleme und Beratungen gibt es hingegen kaum.

METAS *- ri*

Auch das METAS kennt regelmässig stattfindende Austauschtreffen mit den Sozialpartnern. Am 26. September wurde etwas intensiver mit dem neuen Direktor Philippe Richard diskutiert. Die Situation des METAS ist grundsätzlich sehr gut, die Stimmung habe sich in den letzten Monaten verbessert (was unsere Mitglieder bestätigen). Hauptthema der Sitzung war die Bandbreitenthematik bei der Pensionskasse. Das METAS hat ein Problem, dass der Arbeitgeber zur Finanzierung der Änderung der technischen Parameter nicht eine grössere Einmalzahlung machen kann, da sie schon jetzt am Maximum der Bandbreite stehen, die sie zahlen können. Das ist für das Personal des METAS sehr ärgerlich, da es bereits bei der Umstellung in den 3. Kreis Einbussen in Kauf nehmen musste. Ob und wie wir hier die Führung des METAS unterstützen können, wurde an einer Sitzung der Leitung des METAS mit dem PVB im Dezember besprochen.

Einzelfälle 2017

Die Anzahl bearbeiteter Fälle hat auch im 2017 zugenommen. Wie erwartet haben wir fast 10 Prozent mehr Mitglieder mit drohenden Kündigungen beraten und begleitet. Dank Massnahmen im administrativen Bereich sowie den vermehrten Einbezug von Vertrauensanwältinnen und Vertrauensanwälten konnten wir den Zeitaufwand erheblich reduzieren.

Die Anlässe 2017

Präsidentenkonferenz 2017

Ein vielfältiges und qualitativ hochwertiges Programm

Ein Besuch des Medienzentrums des Bundeshauses, eine Konferenz zur Schuldenbremse und die Lancierung der Kampagne LOVE Service public 2.0: auf die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Präsidentenkonferenz 2017, die am 29. Juni im Bundesparlament stattfand, wartete ein facettenreiches Programm.

Die Präsidentinnen und Präsidenten konnten die besondere Atmosphäre der Studios auf sich einwirken lassen, aus denen die politische Berichterstattung aus Bundesbern erfolgt. Anschliessend legte Prof. Bernd Schips, ehemaliger Leiter der Konjunkturforschungsstelle KOF der ETH Zürich, in seiner Rede dar, dass laut Bundesverfassung «die Schuldenbremse» nicht dazu gedacht ist, die Schulden zu senken, sondern vielmehr dazu, eine Zunahme der Verschuldung zu vermeiden. Die Politik sollte nicht nur kurzfristig, sondern während eines gesamten Konjunkturzyklus für ein Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen sorgen. Im Anschluss verabschiedeten die Teilnehmenden eine Resolution, die vom Bundesrat fordert, am gegenwärtig angewandten unzulänglichen Mechanismus der Schuldenbremse Anpassungen vorzunehmen.
Martine Currat, Kommunikationsleiterin, erläuterte darauf, dass der PVB mit der am Nachmittag offiziell auf dem Bundesplatz lancierten Kampagne LOVE Service public 2.0 vermehrt die jüngeren Generationen ansprechen will. Der PVB ist fortan auch auf Facebook und Instagram präsent.

Delegiertenversammlung 2017

Der PVB fordert konkrete Massnahmen für das Personal und verabschiedet die Generalsekretärin, Maria Bernasconi

Die Delegiertenversammlung des PVB vom 30. Oktober 2017 im Haus des Sports in Ittigen war gut besucht. Beinahe 60 Vertreterinnen und Vertreter der Sektionen des PVB aus der ganzen Schweiz haben an der letzten Generalversammlung von Maria Bernasconi – und zugleich der ersten unter der Leitung der neuen Präsidentin Barbara Gysi – teilgenommen.

«Der PVB fordert, dass die Bemühungen des Personals mit einer Lohnerhöhung belohnt werden und dass sich der Bund an den von der Pensionskasse Publica geplanten Massnahmen beteiligt», erklärte die Präsidentin gleich zu Beginn. *«Die Zeiten sind hart für das Personal des Bundes, des ETH-Bereichs und der bundesnahen Betriebe. Die Personalbudgets wurden gekürzt und die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich laufend (Zunahme der Aufgaben, Krankheit, Stress). Zum ersten Mal seit langer Zeit und auf politischen Druck hin wurden zahlreiche Kündigungen ausgesprochen und ein massiver Stellenabbau angekündigt»*, führte sie weiter aus. In ihrer Abschiedsrede zeigte sich Maria Bernasconi überzeugt, dass die Wirtschaft neue Spielregeln finden muss, um den Reichtum besser zu verteilen. In diesem Kontext sei ein effizienter Service Public unerlässlich. Sie wies zudem darauf hin, dass die Gewinnung neuer Mitglieder für den PVB künftig *«die grosse Herausforderung»* sein wird.

Der Kassier des PVB, Nicolas Schmidt, präsentierte die Rechnung 2016, die mit einem Gewinn von CHF 88'928 abschliesst. Er zeigte sich zwar sehr erfreut über dieses Ergebnis, machte die Delegierten jedoch darauf aufmerksam, dass die Einnahmen beinahe ausschliesslich (90%) von den Mitgliederbeiträgen abhängig seien. Der PVB müsse über eine Diversifizierung seiner finanziellen Einkünfte nachdenken, betonte er.

Der Ehrengast, Bundesrat **Ueli Maurer**, gab in seiner Funktion als oberster Personalchef des Bundes einen Überblick über die Situation der Bundesfinanzen und über seine Vision der eidgenössischen Personalpolitik. Er sagte den Delegierten, dass er starke Zweifel habe, dass das Parlament einer Lohnerhöhung für die Angestellten des Bundes zustimmen werde. «Dies hat nichts mit dem Personal und der Qualität seiner Leistungen zu tun, die im Übrigen sehr gut sind», betonte er ausdrücklich. *«Es liegt vielmehr an der aktuellen politischen Konstellation, in deren Rahmen davon ausgegangen wird, dass jeder neue Mitarbeiter oder jede neue Mitarbeiterin neue Projekte eigeben kann, die wiederum neue Kosten für das Budget des Bundes zur Folge haben.»*

Der Bundesrat hat zudem von der Resolution des PVB bezüglich Schuldenbremse Kenntnis genommen. Der Bundesrat schliesste sich grossmehrheitlich den Ansichten des PVB an. Das jetzige Parlament wolle jedoch nicht am Prinzip der Schuldenbremse rütteln, so Herr Maurer. Er ist der Meinung, dass sich an der Haltung der ParlamentarierInnen bezüglich der Schuldenbremse auch in Zukunft wenig ändern werde.
Die Delegierten haben es sehr geschätzt, sich während des Apéros mit ihrem "Personalchef" unterhalten zu können.

«Müssen wir vor den Veränderungen in der Arbeitswelt im Zuge der Digitalisierung Angst haben?». Diese Frage stellte sich **Bernadette Häfliger** in ihrem hervorragenden Referat zum Thema Digitalisierung.
Die Delegierten haben sich an ihrer Versammlung zudem von **Herbert Hug**, Mitglied der Geschäftsprüfungskommission seit 2010 verabschiedet. Sein Nachfolger ist **Kurt Zbinden** von der Sektion VBS. Als Nachfolgerin von **Anne Satir** wählten die Delegierten **Marianne Senn**, Mitarbeiterin bei der EMPA, in die Kommission des ETH-Bereichs des PVB. Die Delegierten haben zudem die neue Generalsekretärin, **Janine Wicki**, kennengelernt, die ihr Amt am 1. Januar 2018 antreten wird.
An der Versammlung wurde über zwei Vorschläge der Sektionen diskutiert. Die Delegierten sind beide Mal dem Vorschlag der Geschäftsleitung gefolgt, die deren Ablehnung gefordert hatte. Der erste Vorschlag stammte von der Sektion St. Gallen, die eine kürzere Kündigungsfrist für Mitglieder wünschte, welche den Bund verlassen. Mit dem zweiten Vorschlag der Sektion VBS sollte der Mitgliederbeitrag für neue Mitglieder im ersten Jahr um die Hälfte reduziert werden. Zwei Reglementsänderungen wurden von den Mitgliedern ohne Diskussion genehmigt.
Die Versammlung endete mit zahlreichen Beiträgen der Geschäftsleitung sowie von VertreterInnen der Sektionen, in denen Maria Bernasconi für ihr Engagement gedankt wurde.

LOVE Service pulic 2.0

Nach dem grossen Erfolg von LOVE Service public 2015/2016 startete der PVB mit der Kampagne «LOVE Service public 2.0» eine Neuauflage. Die Lancierung hat am 29. Juni 2017 auf dem Bundesplatz stattgefunden und wird bis Ende 2018 weitergeführt. Die Botschaft hat sich nicht geändert: die Kampagne sieht die eigentliche Idee von «Im Dienste aller», d.h. faire Arbeitsbedingungen und qualitativ hochwertige Leistungen für die gesamte Bevölkerung und künftige Generationen gefährdet. Der Auftrag des Service Public gerät immer stärker unter parlamentarischen Druck.

Neu an der Kampagne ist, dass sie sich auch auf den sozialen Netzwerken präsent zeigt, um ein breiteres, jüngeres und vernetztes Publikum zu erreichen. Auf den Facebook- und Instagram-Accounts des PVB wurden Filme, Bilder, Animationen aufgeschaltet, welche der Bevölkerung die vom Bundespersonal erbrachten Leistungen näherbringen. «2.0» steht auch dafür, dass der Bund und seine Angestellten mit den Chancen und den Herausforderungen konfrontiert werden, welche die Digitalisierung der Arbeitswelt mit sich bringt.

Wie in den Jahren 2015 und 2016 hat der PVB 2017 die Kampagne mit der sogenannten **Tour de Suisse** in einigen Ämtern der Bundesverwaltung und seiner Betriebe mit Standaktionen und einem Glücksrad vorgestellt. In den Nummern vier bis sechs des Magazin-e 2017 wurde zudem laufend auf die Kampagne aufmerksam gemacht.

Wir waren da!

05.09.2017	EPFL: Veranstaltung neue Mitarbeitenden
13.09.2017	Einführungstag Lehrlinge VBS
19.09.2017	BAG / BLV
10.10.2017	Agroscope Posieux
24.10.2017 I 31.10.2017	BAFU
24.10.2017	Grolley Veranstaltung neue Mitarbeitende
25.10.2017	METAS
07.11.2017	BAZL und ASTRA
21.11.2017	Agroscope Liebefeld
21.11.2017	FUB
28.11.2017	BFS
06.12.2017	ETH: Veranstaltung Publica
13.12.2017	BBL

13. September 2017
Lernendentag VBS

Wir waren da!

19. September 2017
BAG und BLV

10. Oktober 2017
Agroscope, Posieux

Wir waren da!

24. und 31. Oktober 2017
BAFU

25. Oktober 2017
METAS

7. November 2017
BAZL und ASTRA

21. November 2017
Agroscope, Liebefeld

21. November 2017
FUB

28. November 2017
BFS

13. Dezember 2017
BBL

Die Führungsinstanzen

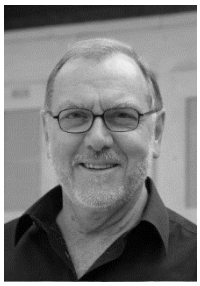
Die Geschäftsleitung

Barbara Gysi
Präsidentin
Sektion St. Gallen

René-Simon Meyer
Vize-Präsident
Sektion Genf

Nicolas Schmidt
Kassier
Sektion AVANTI

Anne Satir
Mitglied
Sektion Zürich



Walter Suter
Mitglied
Sektion EDA

René Walser
Mitglied
Sektion PV Heer

Indriaty Woodtli
Mitglied
Sektion AVANTI

Die GL traf sich im Jahr 2017 zu 6 ganztägigen Sitzungen. Zu Beginn des Jahres planten wir die Sitzungen thematisch. Neben den aktuellen Fragestellungen, wollten wir jeweils ein Thema vertieft behandeln. Einmal luden wir dazu eine PVB-interne Fachperson für einen Input ein. Zu Beginn des Jahres mussten wir leider den Rücktritt unserer Generalsekretärin per Ende 2017 zur Kenntnis nehmen. Die GL bildete einen 3-köpfigen Findungsausschuss und entschied die Stelle öffentlich auszuschreiben. Das Auswahlverfahren nahm einige Zeit in Anspruch. Erfreulich war die stattliche Anzahl kompetenter Bewerbungen. Vor der Sommerpause wurde in einer ausserordentlichen und mit 5 Präsidien der grössten PVB-Sektionen erweiterten GL-Sitzung die Nomination von Janine Wicki zu Handen der Delegiertenversammlung beschlossen.

Inhaltlich behandelten wir mehrere Male die Sparmassnahmen und die Finanzpolitik des Bundes sowie unsere Kampagnen «Meine Rechte» und «LOVE Service Public 2.0», welche wir an der Präsidentenkonferenz im Juli auf dem Bundesplatz lancierten. Die Altersvorsorge beschäftigte uns mehrfach und doppelt. Einerseits diskutierten wir die Abstimmungsvorlage Altersvorsorge 2020 des Bundes, für die wir die JA-Parole unterstützten, andererseits vertieften die Situation der Pensionskasse Publica mit der geplanten Senkung des technischen Zinssatzes und des Umwandlungssatzes. Unser langjähriger Vertreter und ehemaliger Präsident der Kassenkommission Fred Scholl gab uns einen umfassenden Einblick.

Die Arbeitsbedingungen beim Bund waren diverse Male Diskussionsthemen. Die Änderung des Lohnsystems und die Vernehmlassung zur Abschaffung der Ortszulage, wo wir in Anbetracht der aktuellen Situation die Strategie verfolgten ohne Abstriche für die Beibehaltung des bisherigen Systems zu verteidigen, bekanntlich mit Erfolg. Auch für die Leistungsprämien und Zusatzklassen kämpften wir, immer nach der klaren Aussage: Es darf keine Verschlechterung geben.

Die GL hat nebst den (verbands) politischen Themen auch die Weiterentwicklung des Verbands und die Finanzen des PVB diskutiert. Der Austausch bezog die Zusammenarbeit mit anderen Verbänden, namentlich der VBG, mit ein, sowie eine erste Auslegeordnung für die Strukturreform. Hier setzte sie eine Arbeitsgruppe ein, welche ihr erstes Treffen im Mai 2017 hatte. Auf Grund des Wechsels der Generalsekretärin beschlossen wir dann allerdings die Arbeiten zu unterbrechen. In der VBG war die Finanzierung ein Thema und auch die Erweiterung um weitere Verbände.

Die Vorbereitung der Verbandsanlässe und des Budgets gehörten Standardmässig zu unseren Aufgaben im vergangenen Jahr. Für die Vorbereitung der DV, an welcher wir die Digitalisierung zum Hauptthema wählten, erarbeitete die GL Forderungen des PVB zu Handen der DV.

Zum Jahresende hiess es dann Abschied nehmen von unserer langjährigen und engagierten Generalsekretärin Maria Bernasconi und die Einarbeitung ihrer Nachfolgerin Janine Wicki aufzugleisen.

Die Kommissionen des PVB

Gleichstellungskommission

Am 5. Juli hat die Gleichstellungskommission getagt. Ein realistisches Vernetzungsprojekt fürs 2018 wurde angedacht. Gelingen kann das Projekt, wenn im Rahmen der Arbeit des PVB die Gleichstellung etwas mehr Priorität erhält. Ausserdem hat die Kommission mit Marianne Senn eine neue Präsidentin und eine neue Vertretung in der Frauenkommission des SGB.

Rahel Imobersteg, Verbandssekretärin

Kommission des ETH-Bereichs

Die Kommission befasst sich den Entwicklungen und Problemen im Zusammenhang mit den Arbeitsbedingungen der Angestellten im ETH-Bereich. 2017 ist die Kommission dreimal zusammengetreten. Ein ständiges Thema der Kommissionssitzungen waren die personellen Auswirkungen einer möglichen Kürzung der finanziellen Ressourcen im Rahmen des Finanzplans 2017-2020.

Präsident: Marc Hauser, Präsident der Sektion Zürich

VBS-Kommission

Folgende Inhalte wurden an den beiden Kommissionssitzungen besprochen:

RUAG

Sitzung der ANV mit Sozialpartner vom 12.12.2017:

Jürg Grunder wird den PVB dabei vertreten und versuchen das Vertrauen der ANV VertreterInnen der RUAG zu gewinnen und eine Plattform für Werbeanstrengungen zu erhalten. Das ursprüngliche Ziel «Wünsche/Forderungen der RUAG-Kommission an die GL PVB definieren» wie ein Treffen mit Alexandre Schmidt wird nach diesem ersten Schritt weiterverfolgt.

VBS

- PUA-Steuerungsausschuss vom 27.10.2017: Im Moment hat es noch eine dreistellige Zahl von Personen, die noch keine berufliche Zukunft mit WEA haben werden.
- VBS-Dialog vom 3.11.2017: Siehe Bericht im Magazine Zeitungsbericht
- Personalbefragung ist angelaufen; der PVB hat seine Mitglieder aufgerufen daran teilzunehmen.
- Mil Sich: Das Interview mit dem Kdt Mil Sich ist im letzten Magazine abgedruckt
- LBA Rapport September 2017: Die Auszahlung der Pikettentschädigungen läuft noch nicht an allen Orten rund.

von den Mitgliedern/Sektionen:

- Die Situation im Munitionsdepot Uttigen hat sich nach dem Handgranatendiebstahl beruhigt.
- die offenen Fragen des Pikettdienstes werden bilateral geregelt.
- die maximale Zeit von 50 Stunden Gleitsaldo pro Monat ist teilweise schwierig zu erreichen. JG wird die LBA kontaktieren und über die JAZ-Regelung diskutieren.
- der «Jardin» das Stammlokal der Sektion VBS ist geschlossen. Es gilt eine neues Lokal zu suchen.
- Umzug ins G1 am Guisanplatz – in die Grossraumbüros – ist in Sicht
- in der Armasuisse ist es im Moment recht ruhig.

– das Rentenalter der Berufsmilitär ist ein tägliches Diskussionsthema
– die Kommunikation der Luftwaffe will positive Meldungen wie der Einsatz des Lösch Super Pumas nicht «ausschlachten»

Präsident: Andrea Werro, Präsident der Sektion Dübendorf

Geschäftsprüfungskommission

Die Geschäftsprüfungskommission besteht aus fünf Mitgliedern und prüft die Geschäftsführung sowie die Finanzen. Sie konstituiert sich selber. Der Jahres- und Revisionsbericht 2017 ist auf Seite 43 publiziert.

Präsidentin: Jacqueline Morard, Präsidentin der Sektion APC-EPFL

Aus dem Verbandssekretariat

Am 1. Mai 2017 durften wir Sarah Meyer im PVB-Team begrüssen. Sie trat die Nachfolge von Yvonne Rihane an. Sarah Meyer arbeitet im administrativen Bereich und unterstützt auch Martine Currat im Kommunikationsbereich.

Die im 2016 aufgegleisten Erneuerungen mit der Mitgliederverwaltung OM und der neuen Buchhaltungsumgebung von Sage 200 sind nun im Geschäftsjahr 2017 produktiv gegangen. Auch haben wir erste Erfahrungen mit der Einbindung der gesamten Bürokom-Umgebung in die gemeinsam mit der Gewerkschaft des Verkehrspersonals SEV betriebene Cloud gesammelt. Alles in allem darf gesagt werden, dass die Einführung sehr gut über die Bühne gegangen ist. Diese gewaltigen Schritte haben wir aber nur dank dem Einsatz des ganzen administrativen Teams zu verdanken. Ein grosses Dankeschön an alle, die da tatkräftig am Karren gezogen haben.

Sektion PV Heer

Die Sektion wird gemäss Urabstimmung per 31.12.2017 aufgelöst. Die heutigen Ortsgruppen Süd/Ost, Wasserschloss und Andermatt werden per 1.1.2018 eigenständige Sektionen. Die letzte Delegiertenversammlung der Sektion hat am 23.11.2017 in Andermatt stattgefunden. Die Verwendung/Aufteilung des heutigen Kapitals wird im Verhältnis der Mitglieder auf die drei neuen Sektionen aufgeteilt werden.

Dachorganisationen

Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB) - *mrb*

Im SGB Vorstand war der PVB durch Maria Bernasconi vertreten. Der SGB-Vorstand tagte 2017 acht Mal und entschied über Vernehmlassungen, fasste Abstimmungsparolen zu den eidgenössischen Vorlagen und besprach tagesaktuelle politische Themen. 2017 waren dies vor allem die Kampagne zur Altersvorsorge 2020, die innerhalb der Gewerkschaftsbewegung viele Debatten auslöste, sowie die Abstimmungsinitiative gegen die Unternehmenssteuerreform III. Weitere Themen waren die Sparmassnahmen auf dem Buckel des Staatspersonals, die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau, die Gesundheit am Arbeitsplatz sowie die Bildungspolitik des Bundes. Die Vorstandsitzungen sind immer sehr interessant und erlauben es, sich zwischen den verschiedenen Verbänden auszutauschen. Der PVB bringt sich immer aktiv ein und wird al seriöser Partner von den anderen Verbänden sehr geschätzt.

Weitere Informationen finden Sie unter www.sgb-uss.ch.

Verhandlungsgemeinschaft Bundespersonal (VGB) – *dh/mcj*

Die VGB Jahresberichte beginnen seit Jahren mit stets derselben erfreulichen Information eines überaus positiven Rechnungsabschlusses des Bundeshaushaltes. Dies trifft auch für das Rechnungsjahr 2016 zu. Das Bundespersonal kann davon allerdings kaum profitieren, denn der politische Druck auf den Personaletat lässt nicht nach. Das wurde auch in der Budgetdebatte zu Ende des Jahres dann wieder deutlich: Die notwendige Zusatzfinanzierung für die PUBLICA wurde verweigert, aber immerhin konnte ein Teuerungsausgleich von 0.6% gerettet werden. Fast wäre das bundesrätliche Manöver schiefgegangen. Dieser wollte nämlich entgegen dem geschlossenen Widerstand aller Personalverbände auch den budgetierten Teuerungsausgleich für die Zusatzfinanzierung der PUBLICA verwenden, eine Vermischung, die die VGB strikte ablehnte. Dank der engagierten und hartnäckigen Überzeugungsarbeit von verschiedenen ParlamentarierInnen, auch der PVB-Präsidentin Barbara Gysi, konnte dieser dann gerettet werden.

Präsidium und Personelles

Christof Jakob, VPOD-Sekretär, führte das Präsidium der VGB im zweiten Jahr. Maria Bernasconi, Generalsekretärin PVB und Vizepräsidentin VGB, liess sich per Ende Jahr pensionieren. Sie war stark identifiziert mit der VGB und hatte in ihrem Präsidium entsprechend verbindend gewirkt. Auch die guten Kontakte von Barbara Gysi, Präsidentin des PVB, sind für die VGB sehr wichtig. Zu fast jedem Geschäft des Personals wird sie in den Medien zitiert und sorgt so für eine Sichtbarkeit der gewerkschaftlichen Anliegen.

Behördenkontakte, Verhandlungen und Sozialpartnerschaft

Die VGB traf sich im Rahmen der sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen und aufgrund der Problemlage bei der Publica dreimal mit Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher des Finanzdepartements. Die VGB forderte für 2018 eine allgemeine Lohnerhöhung von 1% und die Aufhebung des gebremsten Lohnanstiegs. Beides wurde teilweise erreicht. Die VGB nahm im Rahmen von Ämterkonsultationen

sowie in Schreiben ans EPA und in Vernehmlassungen Stellung zu diversen Anpassungen der Bundespersonalverordnung, zum Lohnsystem des Bundespersonals unter besonderer Berücksichtigung des Ortszuschlags und zu den Änderungen bei der Überbrückungsrente. Betreff geplanter Abschaffung der Vorruhestandsregelung für besondere Personalkategorien (Grenzwacht, Militärpersonal und EDA-Angestellte) wandte sich die VGB gemeinsam mit transfair, swissPersona und Kaderverband brieflich an den gesamten Bundesrat. Der Begleitausschuss Sozialpartner (BAS) tagte regelmässig. Thema waren die personalrechtlichen Revisionen, der Ortszuschlag, die Überbrückungsrenten bei den besonderen Personalkategorien, die Vorruhestandsregelungen und die Beantwortung hängiger Vorstösse. Die Verbände der VGB nahmen mit transfair und swissPersona an einer Anhörung der GPK des Nationalrats teil.

Geschäftsleitung

SEV und syndicom waren bis 2017 assoziierte Mitglieder der VGB und ihre Vertreter nahmen in der Funktion auch jeweils an den Delegiertenversammlungen der VGB teil. 2017 beschloss der Vorstand des Föderativverbands, der seit der Gründung der VGB im Jahr 2002 nicht mehr operativ tätig war, dessen Auflösung. Im Zuge dieses Prozesses beschlossen SEV und syndicom, ihre Mitgliedschaft in der VGB zu kündigen und stattdessen dafür besorgt zu sein, dass das Restvermögen des FöV dem SGB zukommen solle: Für die Fortführung des gewerkschaftspolitischen Engagements im Bereich des Service public und für die Sicherung der Zukunft der VGB.

2017 in Zahlen

Bilanz und Erfolgsrechnung

Bilanz per 31.12.2017				
	per 31.12.2017		per 31.12.2016	
AKTIVEN				
	Soll	Haben	Soll	Haben
Flüssige Mittel	3'084'114.67		3'219'619.37	
kurzfristige Forderungen	162'337.43		41'921.53	
Aktive Rechnungsabgrenzungen	80'724.31		97'655.95	
Finanzanlagen	1.00		1.00	
mobile Sachanlagen	212.25		3.00	
Immobilien	1'537'283.90		1'537'283.90	
PASSIVEN				
kurzfristige Verbindlichkeiten		95'572.25		18'550.44
passive Rechnungsabgrenzung		1'117'279.47		1'157'600.37
langfristige Verbindlichkeiten		850'000.00		850'000.00
Fond für besondere Aktionen		100'000.00		100'000.00
Vermögen per 1.1.		2'770'333.94		2'687'227.50
Jahresergebnis (2016: Gewinn; 2017: Verlust)		**-68'512.10**		**83'106.44**
Vermögen per 31.12.		**2'701'821.84**		**2'770'333.94**
Bilanzsumme	4'864'673.56	4'864'673.56	4'896'484.75	4'896'484.75

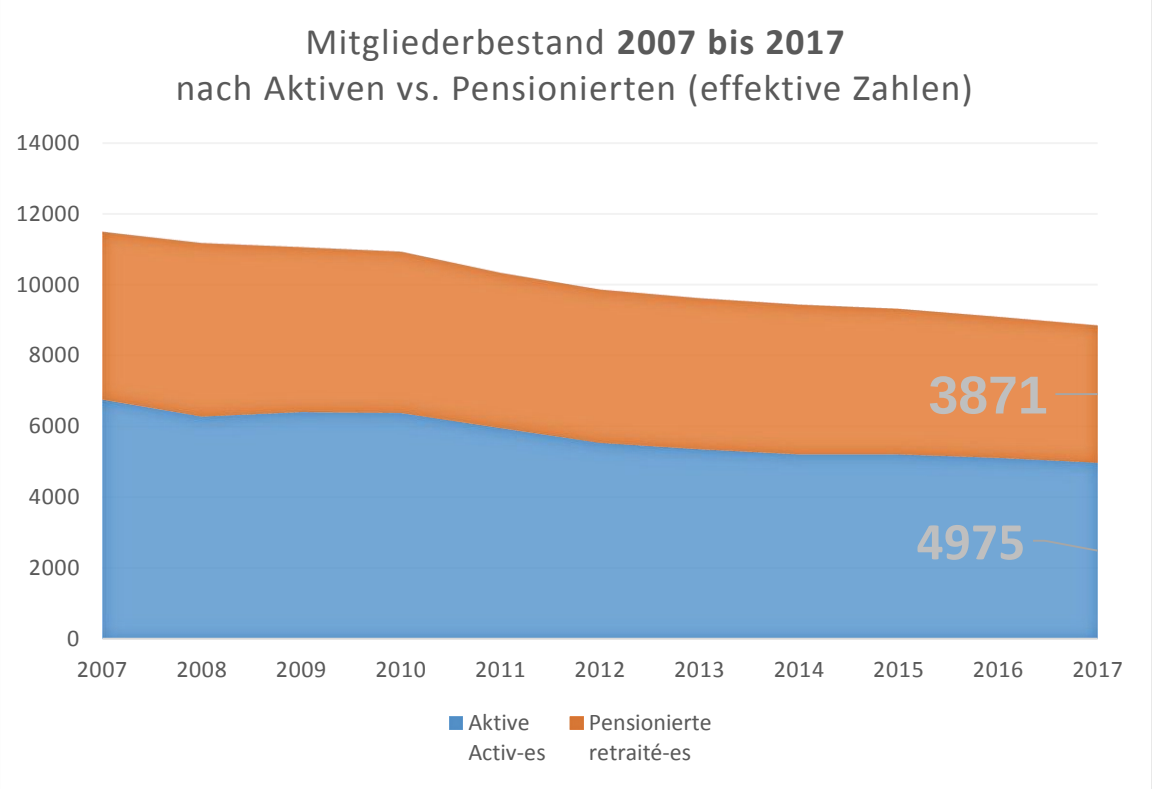
Erfolgrechnung per 31.12.2017

	Rechnung per 31.12.17		Budget 2017		Rechnung per 31.12.16	
	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben
Mitgliederbeiträge		2'354'945.93		2'380'000		2'397'115.30
Beiträge aus Provisionen		143'472.60		160'000		164'348.80
Beiträge aus PVB-MRS		23'854.49		25'000		24'887.68
Beiträge aus Inseraten		27'930.15		45'000		33'311.30
Ertragsminderungen	6'108.33			30'000	29'492.00	
Betriebsertrag		**2'544'094.84**		**2'580'000**		**2'590'171.08**
Dienstleistungsaufwand	496'301.27		553'000		407'167.80	
juristischer Aufwand	54'384.90		20'000		20'055.80	
Mitglieder-/Unterstützungsbeiträge, Jubiläen	203'620.93		197'000		247'224.76	
Direktzahlungen an Mitglieder (Steuerberatung)	4'215.00		4'000		5'120.00	
Raumaufwand	33'508.00		34'000		34'218.20	
Aufwand für Mobilien	15'848.21		32'000		13'554.51	
Aufwand für EDV	79'033.15		75'000		176'847.32	
Transportaufwand	103.35		0		0.00	
Sachversicherungen	3'742.30		4'000		3'888.34	
Aufwand für Z'verkehr und Versand	44'862.66		46'000		45'711.49	
Verwaltungsaufwand, Literatur, Gebühren	24'779.06		22'000		27'793.47	
Sachaufwand	**960'398.83**		**987'000.00**		**981'581.69**	
Löhne	1'255'575.25		1'235'000		1'189'911.65	
Sozialversicherungen	315'339.80		298'000		298'378.85	
sonstiger Personalaufwand	33'518.05		37'000		19'650.45	
Personalaufwand	**1'604'433.10**		**1'570'000**		**1'507'940.95**	
Finanzanlagen, Zinsen, Dividenden		226.80		1'000		276.25
Liquidität und Darlehen-Zinsen		8'455.51		0		
Finanzerfolg		**8'682.31**		**1'000**		**276.25**
Erfolg Betriebsliegenschaft	70'746.35		79'000		4'195.05	
Liegenschaftserfolg	**70'746.35**		**79'000**		**4'195.05**	
a.o. Erfolg		17'062.93		15'000		12'339.80
Steuern	2'773.90		17'000		20'141.20	
a.o. Erfolg und Abschluss		**14'289.03**	**2'000**		**7'801.40**	
Gewinn/Verlust		-68'512.10		-57'000	88'928.24	

Mitgliederbestand 31.12.2017

Mitgliederbestand 31.12.2017

Sektion		Aktive						Pensionierte				Lernende	Veränderung		
		Aktiv		TZB		davon B.	Total	Pensioniert		davon B.	Total		Stand	+/-	Stand
		M	F	M	F	M/F		M	F	M/F			31.12.17		01.01.17
1	VBS-DDPS	538	113	17	33	9	701	659	120	81	779	1	1490	-63	1553
2	AVANTI	544	319	45	157	11	1065	355	127	50	482	3	1561	20	1541
3	EFD-DF	470	178	14	71	5	733	233	62	30	295	1	1034	10	1024
4	PV Heer-AP-Forces terrestres-AP Forze terrestri	93	2	3	0	0	98	66	0	14	66	1	165	-7	172
6	Zürich-Zurich-Zurigo	264	66	18	39	4	387	272	62	44	334	0	725	-18	743
7	EDA-DFAE	339	283	10	37	4	669	189	77	42	266	0	949	-9	958
9	APC EPFL	105	37	6	38	3	186	60	17	1	77	3	269	0	269
10	Luzern-Lucerne-Lucerna	85	4	0	1	0	90	132	13	26	145	0	235	-17	252
12	Dübendorf	82	6	3	4	1	95	141	16	38	157	2	255	-1	256
13	Swisscom	0	0	0	0	0	0	115	36	31	151	0	151	-8	159
14	Lausanne	22	11	2	9	1	44	21	8	5	29	0	74	0	74
15	Genève-Genf-Ginevra	125	111	7	22	2	265	63	49	10	112	0	379	8	371
16	Payerne	131	11	7	7	0	156	116	10	15	126	0	282	-22	304
17	St. Gallen - St-Gall - San Gallo	21	11	3	9	0	44	28	12	4	40	0	84	-8	92
18	Flugsicherung-Sécurité aérienne-Sicurezza aerea	76	13	1	1	3	91	21	0	1	21	0	115	3	112
19	Edelmetallprüfer-Essayeurs jurés-Saggiatori giurati	26	5	0	4	0	35	20	2	9	22	0	57	-3	60
21	Pensionierte-Retraités-Pensionati	0	0	0	0	0	0	359	124	119	483	0	483	-28	511
22	Interlaken	36	3	1	0	0	40	67	3	13	70	0	110	-7	117
23	Nyon	31	5	2	12	0	50	36	3	12	39	1	90	-6	96
24	Rhône-Rodano	22	0	0	0	0	22	27	1	7	28	0	50	-3	53
25	Jura	18	1	0	1	0	20	7	2	0	9	0	29	-4	33
26	Ticino	54	9	6	3	0	72	32	2	8	34	0	106	2	104
27	Unterwalden-Unterwald-Sottoselva	50	2	0	0	0	52	85	2	12	87	0	139	-4	143
28	Bière	10	4	0	0	0	14	17	2	1	19	0	33	-5	38
900	PVB Sympathisanten	26	20	0	0	0	46	0	0	0	0	0	46	-5	51
		3168	1214	145	448	43	4975	3121	750	573	3871	12	8911	**-175**	**9086**
Total			**4382**		**593**				**3871**						



Jahres- und Revisionsbericht der Geschäftsprüfungskommission

Geschäftsprüfungskommission

Jahres- und Revisionsbericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) für das Jahr 2017

Die Präsidentin der GPK verfolgte die Verbandsgeschäfte an den Sitzungen der Geschäftsleitung und stellt fest, dass die Effizienz, die Transparenz sowie die Nachvollziehbarkeit der Geschäfte jederzeit gewährleistet waren.

Jahresrechnung 2017
Die GPK prüfte folgende Konten:

- Informatik
- Sachaufwand, Sekretariatsaufwand

Der Übertrag aller Bilanzposten wurde geprüft. Ebenso der Bestand der Geldkonten.

Die Revision hat ergeben, dass die Buchhaltung ordnungsgemäss geführt ist und mit den Belegen übereinstimmt.

Wir danken dem Verbandskassier Nicolas Schmidt für die umsichtige Führung der Finanzen und Markus Brügger für seine wertvolle und exakte Arbeit.

Die Verbands-Jahresrechnung weist **Einnahmen** von **CHF 2'544'094.84** und **Ausgaben** von **CHF 2'612'606.94** aus.

Die Rechnung 2017 schliesst mit einem **Verlust** von **CHF 68'512.10** ab. Das Budget 2017 sah einen Verlust von **CHF 57'000** vor.

Die Darlehenskasse wurde auf den 1. Januar 2017 in die PVB-Buchhaltung übertragen. Die Zahlen sind deshalb in der Bilanz sowie in der Erfolgsrechnung ersichtlich.

Das Verbandsvermögen beträgt somit per 31.12.2017 **CHF 2'701'821.84** (Verbandsrechnung inkl. Fonds).

Die Finanzlage des PVB ist nach wie vor als gut zu beurteilen.

Die GPK beantragt den Delegierten die vorliegende Jahresrechnung 2017 zu genehmigen.

Die Mitglieder der GPK:

Jacqueline Morard, Präsidentin

Daniel Nyffenegger ,

Andreas Frutiger

Ernst Zbinden

Ostermundigen, 11. April 2018

Herausgegeben durch das Sekretariat des Personalverbandes des Bundes (PVB)
© Ostermundigen, Juli 2018